

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 38 / 41. Jg.

21. Septbr. 1928

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Westpostvereins 1.—Mk.

Redaktion:

Hans Rennger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24 — Druck und Expedition Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Belegten nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Rennger, Berlin N 24, Elsasserstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

Verbandsbeitrag und Unterstützungssätze ab 30. September 1928.

Der Verbandstag in Jena hat unter anderem auch zum Verbandsbeitrag und zu den Verbandsunterstützungen Stellung genommen. Um die Kampfkraft des Verbandes zu stärken und die Pflege technischer Fortbildung zu erleichtern, wurde der Verbandsbeitrag um 20 Pfennige die Woche erhöht. Zugleich wurden auch die lokalen Ausgaben in ein einheitliches Verhältnis gebracht und auf rund 20 Pfennige pro Vollmitglied und Woche normiert. Der zu leistende Wochenbeitrag setzt sich deshalb zusammen aus einem Hauptkassenvollbeitrag in Höhe von 2.—Mk. und einem Verwaltungsbeitrag in Höhe von 20 Pfennigen. Hauptkassenbeitrag und Verwaltungsbeitrag werden durch eine Marke quittiert.

Ab 30. September 1928 beträgt deshalb der Verbandsbeitrag:

Für Vollmitglieder (A.-B. § 5, Abs. 1)	2,20 Mk. (rote Marke)
„ männliche Mitglieder der Porträtphotographie (A.-B. § 5, Abs. 1)	1,10 Mk. (blaue Marke)
„ weibliche Mitglieder	0,75 „ (grüne Marke)
Weibliche Mitglieder derjenigen Berufsgruppen, die unter Zentraltarifen stehen und die gleichen Löhne wie die männlichen Mitglieder beziehen, haben Vollbeiträge zu leisten (A.-B. § 5, Abs. 1)	2,20 Mk. (rote Marke)
Für Halbmitglieder nach § 5, Abs. 2a der A.-B. zu den Satzungen	1,50 „ (braune Marke)
„ „ „ „ 2b „ „ „ „	1,10 „ (gelbe Marke)
„ „ „ „ 2c „ „ „ „	0,75 „ (graue Marke)
„ „ „ „ 3 „ „ „ „	0,55 „ (violette Marke)
„ Mitglieder der Lehrlingsabteilung	0,20 „

Der Beitrag ist wöchentlich zu leisten!

Der Lokalbeitrag, den die Mitgliedschaften nach den Bestimmungen der Satzungen erheben, ist auf der Beitragsmarke allgemein nicht erkennlich. Die Mitgliedschaftsverwaltungen haben Sorge dafür zu tragen, daß jedem Mitgliede bekannt wird, daß der beschlossene Lokalbeitrag mit dem Verbandsbeitrag zu entrichten ist.

Die Unterstützungssätze betragen ab 30. Sept. für die laufende Woche:

Arbeitslosen - Unterstützung:

Für Vollmitglieder mit einem Beitrag von 2,20 Mk.	die Woche 18,— Mk., pro Tag 3,— Mk
„ männl. Mitgl. der Porträtphotogr. mit einem Beitr. von 1,10 Mk.	„ „ 9,— „ „ 1,50 „
„ weibl. Mitgl. der Porträtphotogr. mit einem Beitr. von 0,75 Mk.	„ „ 6,30 „ „ 1,05 „
„ Halbmitglieder mit einem Beitrag von 1,50 Mk.	„ „ 12,60 „ „ 2,10 „

Reise-Unterstützung wird nach Kilometern (Luftlinie) berechnet, und zwar für je 50 angefangene Luftkilometer der Satz der täglichen Arbeitslosen-Unterstützung von 3,— Mk., 1,50 Mk., 1,05 Mk. und 2,10 Mk.

Umzugs-Unterstützung wird bis zur Gesamthöhe der unter a) bis e) bei Arbeitslosen-Unterstützung genannten Höchstsätze gezahlt.

Kranken-Unterstützung:

Für Vollmitglieder mit einem Beitrage von 2,20 Mk.	die Woche 14,— Mk., pro Tag 2,35 Mk.
„ männl. Mitgl. der Porträtphotogr. mit einem Beitrag von 1,10 Mk.	„ „ 7,— „ „ 1,15 „
„ weibl. Mitgl. der Porträtphotogr. mit einem Beitrag von 0,75 „	„ „ 5,— „ „ 0,80 „
„ Halbmitglieder nach § 5, Abs. 2a, b und c, A.-B.	„ „ 9,80 „ „ 1,65 „

Invaliden-Unterstützung:

Wenn der Eintritt bis zum 30. Lebensjahre erfolgte:	Wenn der Eintritt nach dem 30. Lebensjahre erfolgte:
a) nach 650 Beiträgen die Woche 7,— Mk.	a) nach 650 Beiträgen die Woche 6,— Mk.
b) „ 1040 „ „ „ 8,— „	b) „ 1040 „ „ „ 7,— „
c) „ 1560 „ „ „ 9,— „	c) „ 1560 „ „ „ 8,— „

Witwen-Unterstützung:

An einmaliger Witwen-Unterstützung wird gewährt:

a) nach 650 Beiträgen 250,— Mk.
b) „ 1040 „ 350,— „
c) „ 1560 „ 500,— „

Sterbegeld für Mitglieder:

Die Angehörigen aller verstorbenen Mitglieder erhalten an Sterbegeld:

a) nach 52 Beiträgen ein Sterbegeld in Höhe von 60 Mk.
b) „ 156 „ „ „ „ „ 100 „
c) „ 260 „ „ „ „ „ 120 „
d) „ 390 „ „ „ „ „ 160 „
e) „ 520 „ „ „ „ „ 200 „

Das Sterbegeld für Mitgliederfrauen beträgt, wenn mindestens 260 Beiträge geleistet sind 60,— Mk.
Die Krankenunterstützung für Lehrlinge beträgt die Woche 6,— Mk., für den Tag 1,— „
Sterbegeld für Lehrlinge wird gezahlt: a) bei mindest. 52 Beiträgen 25,— Mk., b) bei mindest. 104 Beiträgen 50,— „

Die Dauer der Unterstützungsleistung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität wird durch die Verbandsatzungen bestimmt. Die vom Verbandstag in Jena revidierten Satzungen sind im Druck und gehen Anfang Oktober den Mitgliedschaftsleitungen zu. Laut Beschluss des Verbandsvorstandes ist jedem Mitgliede des Verbandes ein Exemplar der Satzungen kostenlos auszuhändigen. Die Kollegen sind gehalten, sich ein solches Exemplar von ihrem Mitgliedschaftsvorstande zu erbitten. Ausserdem gibt nähere Auskünfte über Unterstützungsdauer, Unterstützungsberechtigung und Unterstützungsauszahlung das Rundschreiben Nr. 6, das an die Mitgliedschaftsvorstände ergangen ist.

Der Verbandsvorstand.

Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.

Die Forderung auf Demokratisierung der Wirtschaft, die vom Breslauer Gewerkschaftskongreß aufgestellt wurde, hat auch Anfechtung aus Kreisen der Arbeiterschaft gefunden, die nicht anwiesungsgemäß alles für falsch halten müssen, was nicht aus Moskau kommt. Da auch sonst noch manches unklar war über das Problem Wirtschaftsdemokratie, nahm der 13. Gewerkschaftskongreß erneut zu dieser Frage Stellung. Um die Kollegen zu unterrichten und ihnen ein eigenes Urteil zu ermöglichen, geben wir im Auszug wieder, was der Referent zur Demokratisierung der Wirtschaft, Naphtali, sagte:

Der Ruf nach Wirtschaftsdemokratie innerhalb der deutschen Arbeiterschaft bedeutet nicht ein Abrücken von der Ideenwelt des Sozialismus. Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie bezeichnet vielmehr das Bedürfnis, den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus zu klären. Dieser Weg wird dadurch gekennzeichnet, daß der Autokratie der kapitalistischen Unternehmen die Demokratie der arbeitenden Menschen entgegengesetzt wird, daß das Interesse der Gesamtheit gegenüber den Sonderinteressen einer herrschenden Klasse immer stärker in die Erscheinung tritt.

Der Kapitalismus hat bereits von sich aus das System der freien Wirtschaft grundlegend verändert, indem er es mit zahlreichen Organisations-elementen durchsetzte. Der Zweck dieser Durchorganisierung ist die Beherrschung des Marktes. Schätzungsweise ist bereits mehr als die Hälfte der deutschen industriellen Produktion in irgendeiner Form in dieses Netz organisatorischer Bindungen einbezogen worden.

Diese Durchorganisierung des Kapitalismus bedeutet noch nicht Demokratisierung der Wirtschaft, sie muß aber zwangsmäßig deren Entwicklung beeinflussen. Denn diese höchste Form autokratischer Wirtschaftsbeherrschung ruft eine Gegenbewegung der Gesamtheit hervor, die sich äußert in dem Verlangen nach Kontrolle der privatkapitalistischen Monopole durch die Gemeinschaft, vertreten durch den demokratischen Staat. Neben die Staatskontrolle muß die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Führung der großen Monopolorganisationen treten. Wir haben bereits einige Selbstverwaltungskörper auf gesetzlicher Grundlage (Kohle, Kali), die freilich noch Mängel aufweisen und daher einer Reform bedürfen.

Neben die Tendenz zur privatkapitalistischen Organisation tritt als weiteres Merkmal der modernen Wirtschaftsentwicklung das Anwachsen der öffentlichen Betriebe, treten endlich als neues unkapitalistisches Element die eigenen Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterschaft (Konsumgenossenschaften, Arbeiterbank, Verband sozialer Baubetriebe, usw.).

Gleichlaufend mit dieser Entwicklung auf der Produktionsseite gehen die Wandlungen, die sich in der Gestaltung des Arbeitsmarktes vollziehen. Die frühere Freiheit des Arbeitsmarktes, die eine ökonomische Hörigkeit des Arbeiters gegenüber dem Kapital bedeutete, ist durch die jahrzehntelange Arbeit der Gewerkschaften in ihren Grundlagen umgemodelt. An die Stelle individueller Vertragsabschlüsse einer Vielzahl von Arbeitern trat das kollektive Arbeitsrecht. Mit sozialen Gesetzen griff der Staat immer stärker in die Freiheit der Wirtschaft ein (Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Sozialversicherung). Mit der Arbeitslosenversicherung wurde neuerdings der Keim gelegt für ein neues soziales Güterrecht, für eine Umgestaltung der Verteilungsordnung.

Der Redner streift dann die Rationalisierungsfrage. Ziel der Rationalisierung ist die Verringerung der Unkosten, mit denen ein bestimmtes Arbeitsergebnis erreicht werden kann. Soweit diese Verringerung auf technischem Fortschritt und besserer betrieblicher Organisation beruht, wird sie auch von der Arbeiterschaft grundsätzlich bejaht. Sofern die Ersparnisse allerdings durch rücksichtslose Beschleunigung des Arbeitstempos, durch übermäßige Verausgabung von Arbeitskraft erzielt werden sollen, muß sie auf den berechtigten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Denn solche Methoden haben mit echter, fortschrittlicher Rationalisierung nichts zu tun, sind Pseudorationalisierung, weil sie nicht berücksichtigen, daß die Erhaltung der Arbeitskraft und der Lebenskraft das wichtigste Ziel aller Wirtschaft sein muß. Derartigen Auswüchsen muß durch ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer vorgebeugt werden. Auch diese Frage müßte also in die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft aus.

Der Prozeß der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems spielt sich also praktisch in unendlich vielfachen Formen ab. Alle Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse tragen daher den gemeinsamen Charakter, daß sie gegenüber der kapitalistischen Autokratie eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung anstreben. Demokratisierung ist aber nicht nur eine Erweiterung der Rechte, sondern auch eine Ausdehnung der Pflichten. Die Erziehung zur Ausübung dieser Pflichten ist eine Bildungsaufgabe. Daher ge-

hört der Ausbau des öffentlichen Schulwesens, insbesondere der Ausbau der Volksschulen, eng zu den Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie. Durch die Beseitigung des Bildungsmonopols muß die Gemeinschaft den jungen Menschen die Vollendung ihres Bildungsganges sichern.

Der Weg zum Sozialismus kann nur schrittweise zurückgelegt werden. Er führt über die Demokratisierung der Wirtschaft in ihrem weitesten Sinne. Diese Forderung bedeutet also den befristeten und verstärkten Kampf für die Befreiung und die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus.

Die Aussprache schloß mit Annahme folgender Entschließung ab:

„Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wohl der Arbeiterklasse neben dem unverändert im Vordergrund der gewerkschaftlichen Aufgaben stehenden Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend abhängig ist von der Umwandlung des Wirtschaftssystems, erhebt der 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands von neuem die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft.“

Die Gewerkschaften erblicken, wie es der Nürnberger Kongreß im Jahre 1919 schon erklärt hat, im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus. Diesen Weg deutlich zu zeigen und die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung auf diesem Wege zu führen, ist eine Aufgabe, die in erster Linie den Gewerkschaften zufällt. Nicht als fernes Zukunftsziel, sondern als täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar. In diesem Entwicklungsprozeß sind der organisierten Arbeiterschaft vielfältige Einzelaufgaben erwachsen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopol-Kapitalismus. Damit wurden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft geweckt. Der Gegensatz gegen die wirtschaftliche Autokratie des Unternehmertums ist bisher schon nicht erfolglos geblieben. Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schlimmste Unfreiheit bedeutet. Sie werden gestaltet unter dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und mitgeformt von Gesetzen, die der demokratisierte Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch eine Wandlung des Eigentumsrechts ist in ihren Anfängen sichtbar.

Diese Anfänge der Neuordnung erleichtern es der Arbeiterklasse, die Demokratisierung der Wirtschaft weiterhin in schnellerem Tempo zu fördern. Auf zwei Wegen ist die Kraft der Gewerkschaften hierfür einzusetzen. Auf der einen Seite stehen die Forderungen an die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung. Sie werden sich in dem Maße durchsetzen, als die Gewerkschaften und die politische Macht der Arbeiterschaft im demokratischen Staat sich Geltung und Einfluß erringen. Auf der anderen Seite stehen die Aufgaben neuer demokratischer Wirtschaftsformen, die unmittelbar von der organisierten Arbeiterschaft selbst, ohne den Umweg über den Staat, zu erfüllen sind.

Zu diesen Aufgaben und Forderungen gehören die Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts, des sozialen Arbeitsschutzrechtes, der Ausbau und die Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer in Betriebe, die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften, die Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, die Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungskörpern, die Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Produktionsförderung in der Landwirtschaft durch genossenschaftliche Zusammenfassung und Fachschulung, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die Förderung der Konsumgenossenschaften, die Durchbrechung des Bildungsmonopols.

Die Durchführung dieser Aufgaben wird nicht nur die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessern, sie wird gleichzeitig durch die Befreiung der Wirtschaft vom privaten Profitstreben die Lebensbedingungen der Gesamtheit auf eine höhere Stufe heben.

Dieser Kampf für eine neue Wirtschaftsordnung wird um so erfolgreicher geführt werden

können, je geschlossener die Arbeiterklasse zusammenhält, je enger sie sich für die Erringung ihrer Ziele einsetzt. Den Rahmen für diesen Befreiungskampf bilden die Verbände, unter deren Banner die Arbeiterschaft schon bisher von Erfolg zu Erfolg geschritten ist, bilden die von der Arbeiterschaft für die Arbeiterschaft geschaffenen Gewerkschaften.“

Die Kurheimpflege der Krankenkassen.

Der Sanatorienaufenthalt kein Vorrecht mehr für die Besizenden.

Sanatorien oder Kurheime sind schon längst keine Einrichtungen mehr, die nur für die „oberen Zehntausend“ bestimmt sind. Auch denen, die von der Arbeit leben, sind die Kurheime erschlossen worden, und zwar seit dem sich die Krankenkassen, diese so mächtigen Organisationen, die unermüdetlich in der Hebung der Volksgesundheit tätig sind, Kuranstalten und Sanatorien angegliedert haben.

Die Krankenkassen haben schon früh erkannt, daß natürliche Heilmittel: Luft und Sonne, Ruhe und zweckmäßige Ernährung auf die Gesundheit des Menschen von besonderer Wirksamkeit sind. Aus dieser Erkenntnis sind sie zur Errichtung entsprechender Heime geschritten, in denen Kurmaßnahmen obiger Art zur Anwendung kommen.

Die Kurheimpflege der Krankenkassen kommt in erster Linie für die Genesenden in Betracht, für solche, die eine schwere Krankheit oder eine Operation hinter sich haben und auf dem Wege der Besserung sind. Aber auch auf solche Versicherte, die zwar keine bestimmte Krankheit aufzuweisen haben, also für Leidende und Schwächliche findet die Kurheimpflege der Krankenkassen Anwendung.

Die Kurheimpflege will die Heilung und Wiedergewinnung der vollen Arbeitsfähigkeit nach Möglichkeit beschleunigen. Und das gelingt ihr auch in hohem Maße. Denn der in einer Kuranstalt Untergebrachte ist losgelöst von schlechten Wohnungsverhältnissen, er findet eine reichliche und zweckmäßige Ernährung vor und wird verschont von den täglichen Sorgen und Mißlichkeiten; so kann er sich ganz seinem Gesundwerden widmen.

Nach einer Anfang 1927 vom Hauptverband deutscher Krankenkassen veranstalteten Umfrage sind 82 Ortskrankenkassen, 1 Betriebskrankenkasse und 30 Kassenverbände mit einer Mitgliederzahl von über 7 Millionen im Besitz eigener Heime. Sie besitzen 135 Heilstätten, Genesungs- und Erholungsheime. In diesen Heimen steht eine Bettenzahl von 7600 zur Verfügung. 18 Heime sind nur für Männer, 19 nur für Frauen bestimmt. Die übrigen nehmen Patienten beiderlei Geschlechts auf. Die Heime sind im allgemeinen Sommer wie Winter geöffnet und so stehen etwa 2 1/2 Millionen Verpflegungstage zur Verfügung. Da durchschnittlich eine Kur auf 4 Wochen berechnet wird, so können während eines Jahres über 9000 Pflinglinge Aufnahme finden.

In den Heimen wird fernab von der Hetzjagd des Lebens eine nach den Grundsätzen der modernen Ernährungswissenschaft zubereitete Kost verabreicht. Für eine besondere Diät wird Sorge getragen. Die Wohn- und Aufenthaltsräume sind von Licht und Luft durchflutet. Zweckmäßige Liegeflächen sind überall zu finden. Parks und Wälder geben ausreichend Gelegenheit zu Spaziergängen. Die Pflinglinge stehen unter ständiger ärztlicher Überwachung und werden von erfahrenen Pflegern betreut. So wird der Pflingling an ein gesundheitsgemäßes Leben angewöhnt.

Die von den Kassen entsandten Pflinglinge erhalten die Kur vollkommen kostenlos.

So trägt die Kurheimpflege der Krankenkassen sehr zur Hebung und Erhaltung der Volksgesundheit bei. Leider ist die Anzahl der Heime im Verhältnis zu den erholungssuchenden Versicherten immer noch zu gering. Aufgabe in der Zukunft ist es, noch mehr solche Einrichtungen zu schaffen.

Lz. P.

Gesteigerte Aufnahmefähigkeit des Orients für Ansichtspostkarten.

Der Orient, in erster Linie wiederum Ägypten, ist von jeher ein sehr aufnahmefähiger Markt für Postkarten, insbesondere moderne Ansichtskarten. Der Bedarf an solchem Material hat sich nun in letzter Zeit wesentlich erhöht, so daß es sich empfehlen wird, die Marktbedingungen jetzt erneut einem eingehenden Studium zu unterziehen. Abgesehen von ägyptischen Landschaftsbildern, Abbildungen ägyptischer Altertümer- und Kunstschätze, besonderer Sehenswürdigkeiten usw., für die der überaus lebhaft Fremdenverkehr immer ein ausnahmsweise starker Verbraucher war, finden auch Postkarten mit Frauen- und Kinderköpfen, mit Köpfen bekannter Persönlichkeiten, mit Photographien von Film- und Sportgrößen usw. neuerdings sehr flotten Absatz. Sowohl einfarbige, wie bunte Karten werden in gleicher Weise

aufgenommen. Die Beschriftung ist am praktischsten französisch auszuführen.

Die deutsche Postkarte ist auf dem Markt vorzüglich eingeführt. Dank zäher Werbeenergie ist es dem deutschen Händler hier gelungen, dem durch das enge politische Verhältnis zu Ägypten, wie auch durch Zollvergünstigungen verschiedener Art bevorzugten britischen Handel wertvollen Absatzboden abzugewinnen.

Eine Vorzugsstellung nahm Deutschland bisher in der Belieferung Ägyptens mit Bromansichtskarten ein, die vor allem viel Vorliebe bei den zahlreichen, Ägypten durchreisenden Fremden finden. Künstlerisch ausgeführte Zelluloidpostkarten, die besondere Vorgänge aus der ägyptischen Geschichte enthalten und namentlich für den Verkauf an besonderen nationalen Festtagen bestimmt sind, haben ebenso recht gute Erfolge und werden lebhaft gefördert. Früher war der Handel mit Ägypten hier mehr oder weniger ein Monopol britischer Händler, die indessen längst von ihrer Vorzugsstellung verdrängt sind. Der deutsche Handel hat dabei seinen Einfluß sogar bereits über den des englischen Geschäfts hinaus entwickeln können. Der örtlichen Kaufneigung entsprechen ganz besonders die letzten von Deutschland angebotenen Zelluloidkarten mit Szenen aus dem alten ägyptischen Leben, mit Bruchstücken aus der Hieroglyphenschrift usw.

Interessant ist, daß verschiedene ägyptische Berufsphotographen neuerdings ihre photographischen Aufnahmen deutschen Verlagen zur Weiterverarbeitung überlassen, da die Zusammenarbeit mit deutschen Betrieben ihnen die besten Gewinnmöglichkeiten sichert.

Im Interesse eines regen Absatzes haben sich besonders folgende Preise bewährt. Bromansichtskarten von 32 bis 42 Schilling je 1000 Stück für schwarze Karten, bunte etwa 40-42 Schilling. Zelluloidkarten mit den vorerwähnten, besonderen Bildern 50-300 Schilling je 1000 Stück, je nach der unterschiedlichen Aufmachung und Ausstattung.

Britische Postkartexporteure haben letzthin vorzügliche Geschäfte gemacht in Weihnachtspostkarten, mit denen sie sich ganz besonders an die zahlreiche angelsächsische Bevölkerung in Ägypten wandten. Bekanntlich ist das englische Element dort ausnahmsweise stark vertreten. Aber auch die übrigen europäischen Kolonien haben sich als namhafte Käufer von Weihnachtspostkarten erwiesen. Auch hier wird sich für den deutschen Händler ein gutes Absatzgebiet entwickeln lassen.

Einen erfolgreichen Einfluß üben neuerdings auch französische Phantasiestkarten auf die ägyptischen Märkte aus. Die Karten sind sehr preiswert, dabei mit ansprechenden Aufnahmen bzw. Phantasiestbildern, die dem örtlichen Charakter besonders gut angepaßt sind. Französische Karten einfacher Ausführung werden mit 30 Mk. je 1000 angeboten, in besonders hochwertiger Ausführung, farbig, etwa 50 Mk. je 1000.

Die Italiener haben das einst von ihnen in größerem Umfang betriebene Postkartengeschäft mit Ägypten heute zumeist an Frankreich abtreten müssen.

Der Einfuhrhandel in Bromphantasiestkarten italienischer Herkunft war noch vor wenigen Jahren sehr lebendig. Aber die Preise für die italienischen Produkte gehen weit über die für die deutschen und französischen Erzeugnisse hinaus. Meist liegen sie 30 und 40 Proz. über denen des deutschen Exportes, so daß die italienische Postkarte immer mehr und mehr an Wettbewerbswert einbüßte und nächstens vollkommen von den ägyptischen Märkten verschwinden wird.

Der Transport von Postkarten nach Ägypten erfolgt am besten durch Versendung in Postpaketen zu 5 kg. Man kann so etwa 1200 Postkarten bei entsprechender Verpackung unterbringen. Vielfach wählt man geschlossene Sendungen in Kisten, die 30-40000 Postkarten enthalten können.

Der deutsche Linoleumtrust.

Die Konzentration in der Linoleumindustrie scheint vorläufig ihren Abschluß gefunden zu haben. Nachdem das Jahr 1926 den Zusammenschluß der wichtigsten deutschen Linoleumfabriken zur Holdinggesellschaft der Deutschen Linoleumwerke A.-G. Berlin brachte, wiederholte sich im Jahre 1927 dieser Vorgang im größeren internationalen Rahmen, indem die gesamte europäische Linoleumindustrie sich zum Trust der Continentalen Linoleum-Union zusammenschloß. Die Führung bei dieser Transaktion lag bei der deutschen Industrie, die auch heute mit ihren sieben Werken von insgesamt elf Konzernfabriken drei Viertel der gesamten Linoleumproduktion des Konzerns bestreift und so in ihm den maßgeblichen Einfluß besitzt. Außerhalb des Konzerns steht die englische Linoleumindustrie, mit der jedoch seit Februar 1927 eine Preiskonvention eingegangen wurde, während die amerikanische Linoleumindustrie als Konkurrent schon deshalb nicht in Frage kommt, da ihre Produktion voll vom Inlandmarkt aufgenommen wird. Mit Ausnahme der rheinischen Linoleumwerke Bedburg A.-G. sind es nur wenige unbedeutende Werke, die noch außerhalb des Kon-

zerns stehen und die seine monopolartige Stellung in keiner Weise gefährden. Die überlegene Stellung des deutschen Linoleumtrusts macht sich deutlich in seinen Geschäftsergebnissen bemerkbar. Der Auftragsbestand ist hoch und wäre noch erheblich erweiterungsfähig, wenn nicht die übermäßig hohen Preise den Absatz künstlich beschränkten. Die ausgeschüttete Dividende betrug in den letzten Jahren 15 Proz., hätte aber auch beträchtlich höher angesetzt werden können, wenn nicht der Trust wegen seiner monopolartigen Stellung bei der Dividendenfestsetzung auf die Mentalität der Verbraucher und der Regierungen Rücksicht nehmen müßte. So wurden die ersparten Gewinne in anderer, weniger sichtbarer Form, den Aktionären zugänglich gemacht, letztlich durch Ausschüttung eines wertvollen Bezugsrechtes, das auf den Nominalwert der deutschen Linoleumaktie einen Gewinn von 65 Proz. erbrachte. Trotzdem blieben noch genügend Gewinne übrig, um Neuanlagen im Werte von 4,5 Millionen Mark voll abzuschreiben. So bietet die deutsche Linoleumindustrie das typische Bild dafür, daß in einer Zeit der Unternehmungszusammenschlüsse und der Monopole das Allgemeininteresse zu einer öffentlichen Kontrolle solcher Unternehmungen drängt.

Aluminium-Tapeten mit Zellophan-Überzug?

Die „Papier-Zeitung“ berichtet: Den Aluminiumfolien-Walzwerken in Singen, die mit den Vereinigten Aluminiumwerken in Neuhausen in freundschaftlicher Verbindung stehen, ist es gelungen, unter der Bezeichnung „Textal“ einen neuen Stoff, eine Vereinigung eines Gewebes mit Aluminiumfolie, zu erzeugen, der als Tapete allen Anforderungen entspricht. Der Textal-Stoff findet außerdem für Luxuspackungen aller Art Verwendung, wie die Ausstellung der Vereinigten Aluminiumwerke im Ringmeßhaus (Reklamemesse) schon auf der Frühjahrsmesse 1928 und jetzt wieder zur Herbstmesse gelehrt hat.

Nach Zeitungsmeldungen steht in allernächster Zeit ein Zusammengehen der I. G. Farbenindustrie in Frankfurt a. M. mit der Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. und den der Aluminiumindustrie A.-G. in Neuhausen nahestehenden süddeutschen Aluminiumfolienfabriken bevor. Um die zu Tapeten verarbeiteten Aluminiumfolien vor Feuchtigkeit zu schützen und um der Tapete Glanz zu verleihen, werde Aufpressung von Zellophane auf die Metallfläche erforderlich. Die I. G. Farbenindustrie wird dieses chemische Erzeugnis liefern, während die vorgenannten Aluminiumfabriken die übrige Fabrikation übernehmen.

Nach Ausführungen von Dr. James Rubinfeld im „B. T.“ (18. August 1928) werden etwa 4200 t Rohaluminium, d. h. mehr als 10 v. H. der gesamten deutschen Aluminiumerzeugung, zu Aluminiumfolien verarbeitet. 1 kg Reinaluminium ergibt mehr als 40 qm Folie von der handelsüblichen Dicke 0,009 mm. Der Preis der Folie ist etwa 4,20 Mk. pro kg. Ausgeführt wurden im ersten Halbjahr 1928 rund 1360 t Aluminiumfolie, hauptsächlich nach China, Indien, England und Holland, auch nach den Vereinigten Staaten.

Fast die Hälfte der Erzeugung liegt bei den beiden Aluminiumwalzwerken Singen, Dr. Lauber, Neher & Co. in Singen, und Breisgau Walzwerk G. m. b. H. in Tenningen, die der Aluminiumindustrie A.-G. in Neuhausen nahestehen. Weitere wichtige Hersteller sind die Rheinische Blattmetall A.-G. in Grevenbroich („Lautagruppe“), Huck & Bühren in Lüdenscheid, die Tscheulin G. m. b. H. in Dailfingen in Württemberg. Eine Preiskonvention scheint nur bis zu gewissem Maße „stillschweigend“ zu bestehen und ist durch scharfe Unterbietungen einzelner Erzeuger zeitweise unwirksam geworden; eine nähere Verständigung wird anscheinend erst angestrebt.

Ortsbericht.

Stettin. Zu Punkt 1 der Tagesordnung nahm die Versammlung Stellung zum Neubau des Volkshauses und entschied sich, die Pflichtsumme wie sie in einer Ortsvorsteherkonferenz des ADGB. geplant wurde, beizutreiben.

Zu Punkt 2 beschäftigte sich die Versammlung mit der Firma Gentzensohn. Bekanntlich bestehen in dieser Firma Differenzen. Der Vorstand wird sich in nächster Zeit ernstlich mit diesen Herren Chefs beschäftigen müssen. Zu Punkt 3 war Kollege Landa vom Gauvorstand erschienen, um Bericht über den Verbandstag in Jena zu erstatten. Den längeren, eingehenden Ausführungen des Kollegen Landa über Zweck und Ziele des Verbandes sowie über die vom Verbandstag gefaßten Beschlüsse, folgten die Kollegen mit spannender Aufmerksamkeit. Nach einer regen Diskussion, in welcher die vom Vorstand geleistete Arbeit Anerkennung fand, dankte der Vorsitzende dem Referenten im Namen der Versammlung. Unter Punkt Verschiedenes wurde die Abhaltung einer Senefelder-Feier besprochen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die von 30 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Ausschußsitzung des IGB.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat für den 25. und 26. September eine außerordentliche Ausschußsitzung nach Amsterdam berufen. Es steht zur

Tagesordnung:

1. Reorganisationsfragen.
 - a) Wahl eines Vorstandsmitgliedes.
 - b) Bestimmung des Sitzes des IGB.
 - c) Anstellungsverhältnisse des Generalsekretärs.
 - d) Wahl des Generalsekretärs.
 - e) Die Wahl des Vorsitzenden.
 - f) Andere Reorganisationsfragen.
2. Geschäfts- und Kassenbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1928 und Bericht der Revisoren.
3. Vom Pariser Kongreß überwiesener Antrag betr. Wahl von Vertretern der Angestellten und Beamten in alle leitenden Körperstellen der internationalen Gewerkschaftsbewegung.
4. Anschlußgesuch Griechenlands.
5. Verwendung der nach Abschluß einer internationalen Hilfsaktion einlaufenden Beträge.

25 Jahre Bauarbeiter-Internationale.

Die Gründung der Bauarbeiter-Internationale erfolgte im Jahre 1903 auf Anregung des damaligen Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Zu den Gründern gehörten außerdem die Organisationen in Dänemark, Holland, Italien, Norwegen, Österreich, Schweden, in der Schweiz, in Ungarn. Damals zählten die genannten Organisationen zusammen 135000 Mitglieder, von denen auf den Deutschen Maurerverband 87000 entfielen. Am 31. Dezember 1927 gehörten der Bauarbeiter-Internationale in 20 Ländern 25 Organisationen mit 844591 Mitgliedern an. Zurzeit zählen die angeschlossenen Organisationen rund 900000 Mitglieder. Das von der Bauarbeiter-Internationale herausgegebene Bulletin und die sonstigen Berichte erscheinen in dänischer, deutscher, englischer und französischer Sprache.

Angestellten-Gewerkschaft und Presse.

Anläßlich der Internationalen Presseausstellung in Köln hat der Zentralverband der Angestellten eine Schrift „Angestelltengewerkschaft und Presse“ herausgegeben. Die ausgestattete Broschüre vermittelt umfangreiches Material über das frühere und jetzige Schriftwesen des ZdA. Aus kleinen Anfängen, wie es die im Jahre 1885 erschienene älteste Gewerkschaftszeitung für Angestellte „Der Handlungsgeselle“ — Organ zur Wahrung der Interessen der konditionierenden Kaufleute — war, hat sich das jetzige Verbandsorgan „Der freie Angestellte“ entwickelt, das von hunderten von Angestellten gelesen wird. Aufschlußreich sind auch die verschiedenen sozialpolitischen Schriften, die im Laufe der Jahre herausgegeben wurden und das Interesse der Öffentlichkeit am Wirken des ZdA bzw. seiner Vorläufer wachriefen. Jetzt verfügt der Verband neben dem „Freien Angestellten“ über eine Anzahl Fachzeitschriften wie „Wirtschaft und Wissen“, „Die Rechtspraxis“, „Volkstümliche Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung“, „Der Behördenangestellte“. Diese Fachzeitschriften sind den besonderen Berufsfragen gewidmet. Für die jugendlichen Mitglieder erscheinen die „Jugendblätter“, die der beruflichen, gewerkschaftlichen und allgemeinen Bildung der Jugend dienen. Darüber hinaus erscheinen 24 Mitteilungsblätter der Ortsgruppen, Bezirke und Gauen. Sie vermitteln den Angehörigen der Organisation wichtige Mitteilungen über die Arbeit am Orte. Lediglich an dem jetzigen Schriftenreichtum des ZdA ist schon zu erkennen, welche Bedeutung der Verband als Berufsorganisation aller männlichen und weiblichen Angestellten hat.

Bekanntmachungen.

Die nichttariftreue Firma Fritz Busche, Buch- und Offsetdruck in Dortmund, ist für Verbandsmitglieder gesperrt. Stellungsannahme in dieser Firma bringt den Verlust der Mitgliedschaft.

Auf Antrag hat der Vorstand der Stein drucker Wilhelm Ringor, geb. am 22. 11. 1888 in Heilbronn, Buch-Nr. 39620 und Otto Müller, geb. am 29. 2. 1896 in Wien, Buch-Nr. 61664 gemäß § 6 Abs. 2 der Satzungen aus dem Verbandsausgeschlossen.

Die Firma Burghgrewe in Brügge ist nach wie vor gesperrt. Trotz dieser Sperre hat der Ortsvorsitzende von Mannheim, Willy Beckers, Stein drucker, geboren am 15. Mai 1889 in M.-Gladbach, in der Firma Stellung angenommen und versucht, von Brügge aus andere Kollegen zum Stellungsantritt in der gesperrten Firma zu bewegen. Gegen Beckers schwebt das Ausschlussverfahren. Wir warnen alle Kollegen, in der gesperrten Firma Stellung anzunehmen und appellieren an die von den deutschen Kollegen so oft bewiesene Solidarität. Mitglieder, die trotzdem dort Stellung annehmen, verfallen dem Ausschluss.

Der Vorstand.

Feuilleton.

Bevölkerungszahl und Gewerkschaftsbewegung.

Es heißt wohl nicht zu viel behaupten: Der Gewerkschafter von echtem Schrot und Korn liebt den Gewerkschaftskampf um seiner selbst willen; dieser ist für ihn schlechthin die Form, in der er, im Kreise seiner Berufsgenossen und engverbundenen Schicksalsgefährten, einer Auslese von im Durchschnitt gleicher menschlicher Qualität, die niedergedretene Menschenwürde seines Standes wiederzugewinnen und, zugleich eingegliedert in einen wichtigen allgemeinen Gewerkschaftsbund, den ersehnten sozialen Auftrieb durch Streben nach gesellschaftlicher Gleichbürtigkeit mit seinen bisherigen Mündigern, den Unternehmern, zu verwirklichen sucht. Weil hier so viel schlechthin psychologisch Notwendiges, Gefühlsmäßiges mitspricht, ist es ein müßlich Ding, mit nüchternen, gegen Irrtum gefeiten Überlegungen des kalten Verstandes eine Begründung für die Daseinsnotwendigkeit der Gewerkschaften oder gar für die Grenzen ihrer rein ökonomischen Wirksamkeit geben zu wollen. Unsere Aufgabe ist hier vielmehr, die Front jener Gesichtspunkte abzuschreiten, bei denen sich die Gewerkschaftsarbeit mit Einwohnerepolitik berührt, der Gewerkschaftskampf aber Widerstände von seiten der Bevölkerungsfrage findet.

Die moderne Arbeiterbewegung hat es zu allererst mit Erscheinungen der relativen Überbevölkerung zu tun. Wir wollen uns noch mal klar machen, was das bedeutet. Unter einer relativen Überbevölkerung eines Wirtschaftskreises verstehen wir einen Zustand unzureichender Versorgung wesentlicher Bevölkerungssteile, der hervorgerufen ist durch Mängel der sozialen Organisation, durch meist ausbeuterisches, auf alle Fälle aber unfähiges Führertum. Der „potentielle“, daher der sich mögliche, erschließbare Nahrungsspielraum wird durch bewußt oder unbewußt gemeinschädigendes Verhalten maßgebender Volkskreise im Dividend der Nahrung niedrig gehalten und das an sich noch mögliche Gleichgewicht künstlich gestört, so daß der Divisor der Einwohnerzahl, als verhältnismäßig zu groß erscheint.

Dem gegenüber stellt sich im absoluten Überbevölkerungszustand ein absoluter Mangel an Nahrungsmöglichkeit innerhalb eines geschlossenen Wirtschaftskreises mit bestimmter Höhe der Kultur und der Technik heraus. Nur durch Mehrleistung auf industriellem Gebiet ist da die Knappheit an Nahrungsmitteln im internationalen Austauschverfahren zu beheben.

Dieser Zustand ist gerade in unserer Zeit des planmäßigen Wirtschaftsboykotts und des drohenden Zerfalls der Weltwirtschaft im geschlossenen Reiche sehr wohl annäherungsweise für einzelne mehr oder minder gewaltsam isolierte Staaten denkbar (Rußland). Bei normal funktionierender Weltwirtschaft kommt er nur für das gesamte Weltwirtschaftsgebiet in Frage. Zur Verdeutlichung ein Bild: Als die Mittelmächte bei dem letzten verzweifelten Vorstoß im Frühjahr 1918 das vom Dunst der Gasbeschickung schwelende Armentières genommen hatten, hieß es plötzlich, man habe ein großes Proviantlager mit herrlichen englischen Fleischkonserven, Marmeladen und anderen köstlichen Dingen entdeckt. Die hungrigen Mannschaften waren bis dahin vergleichsweise absolut überbevölkert, denn der wenige Proviant langte weder hin noch her, was sich aber, als die Mannschaften nach jenen paradisiatischen Kellern stürzten, dem Auge darbot, war eine relative Überbevölkerung, die die knurrenden Magen nur noch mehr aufreizte. Es war ein inferno, ein dunkler enger Gang, aus dessen Gehäul kaum einer ohne Quetschungen, die meisten mit ernstlichen Beulen und ohne Nahrung herauskamen. Ein Getöse von Flüchen, Schreien, Röcheln, erfüllte den Vorraum; in den weißtafeligen Lagern saßen dort einige Dutzend Glückliche und schmaussten darauf los; wer von den Davorstehenden etwas erwischen konnte, mußte damit rechnen, daß es ihm in der dunklen Höhle von Nachdrängenden wieder entrissen wurde. Unterdessen mußten Hunderte weiterziehen, denn sie konnten nicht warten, das eiserne Schlachtgebot hieß sie vorwärts ins Gefecht rücken. Man hörte allerdings, daß einen Tag später Ordnung eingekehrt wäre: In leichter Reihe hätten die Leute gestanden und die Herrlichkeiten vorschriftsmäßig in die Proviant-

wagen befördert, ein Zahlmeister stand mit Notizbuch und geätztem Bleistift dabei, „heilige Ordnung, segensreiche“ hatte die relative Überbevölkerung überwunden.

So geht es auch den Menschenheeren: Viele können nicht warten, bis eine regelnde Hand sie bei der Überfülle des Vorhandenen zu dem ihnen kommen läßt; sie gehen zugrunde, sie müssen schließlich weiterziehen — in Not, in Elend und frühen Tod, wenn erbärmlicher Egoismus und mangelhafte Organisation den Zutritt zu den Nahrungsquellen versperrt oder erschwert.

Jede soziale Reform, jede Vorschrift der Wirtschaftsorganisation schafft Ordnung, drängt die relative Überbevölkerung zurück. Eine Bewegung, die, wie die Gewerkschaften, geradezu die Seele der sozialen Reform, das immerdar drängende und pochende Gewissen des gesellschaftlichen Fortschritts genannt werden darf, trüge schon in dieser Eigenschaft — selbst wenn sie von sich aus darüber hinaus gar keinen weiteren sozial-ökonomischen Nutzen schaffte — ihre Daseinsberechtigung in sich. Der Ruf in den Kellern vorn auf dem französischen Kriegsschauplatz: Nun aber Ordnung! Denkt an eure hungernden Kameraden draußen! Es ist genug da für alle! hätte, beizeiten und in Massen erhoben, doch wohl in absehbarer Zeit Ordnung schaffen können. Die relative Überbevölkerung ist also grundsätzlich als ein heilbares Übel anzusehen, ihre Überwindung ist eine dauernd in immer neuen Formen vor die aufstrebende Menschheit gestellte Aufgabe. Wenn wir uns jedoch insbesondere der kapitalistischen Bevölkerung zuwenden, so können wir nicht an der Tatsache vorbeigehen, auf die oben schon hingewiesen wurde. Der Industriekapitalismus der letzten 200 Jahre in den alteuropäischen Industrieländern saugte während jeder der großen Attraktionsbewegungen des Kapitals immer neue Arbeitsscharen in die Betriebe, jeder der kapitalistischen Ausdehnungen fand stets die Hände vor, die sie gerade brauchten und die sich bislang als industrielle Reservearmee meist unter den elendesten Bedingungen des Landlebens versteckt hielten, wie in einem Frühbeet dichtgedrängt aufwuchsen und gleichsam der möglichen industriellen Verwendung harrten.

Bei alledem hat sich die vom Kapitalismus benötigte Arbeitszahl vervielfacht. Durch Überwindung oder Linderung der absoluten Überbevölkerung des unter vorkapitalistischen Wirtschaftsformen überbevölkerten europäischen platten Landes, hat der Kapitalismus das Material zu seiner ihm eignenden relativen Überbevölkerung gewonnen, die aus inneren Ursachen blieb, selbst als die Leistungswucht des neuen Systems die absolute Tragfähigkeit desselben Bodens verdoppelt oder vervielfacht hatte.

Am Anfang seiner Entwicklung fand der Kapitalismus eine kleine, ungebildete Arbeitermasse vor, die durch ihre bei allem Elend ungehemmte Vermehrungskraft dem neuen Wirtschaftssystem mit unsäglichen Opfern das gegebenenfalls erforderliche Fabrikfutter bereitstellte — neben dem Absinken neuer, bisher nicht proletarischer Kreise. Bei neu aufsteigender Konjunktur waren die betreffenden Löhne durch vorübergehend knappes Arbeitsangebot hoch. Damit stieg die gesamte Lebenshaltung der niederen Schichten in Stadt und Land. Folge — ganz wie das eherner Lohngesetz besagt — ungezügelter Nachwuchsen der unteren Bevölkerungsschichten, die sich so dem Kapital für die unverdiente Wohltat der hohen Löhne dankbar erwiesen. Nun war es jedoch nicht die Konkurrenz der neuen Hände, die den Umschlag bedingte. Die günstige Konjunktur schluckte wohl mit Behagen die heranwachsende junge Arbeiterbevölkerung; die schlechte Konjunktur hingegen, in die ein sehr großer Teil der „Prosperitätskinder“ hineinwuchs, ließ sie verkommen.

Aber ausschlaggebend war das nicht. Soweit der Umschlag der Konjunktur in die Krise durch bevölkerungspolitische Momente verursacht bzw. verschärft wurde, wirkte hier keine Konkurrenz neuer fertiger Hände, sondern neuer „Mäuler“, die unmittelbar vor der Krise, im letzten Prosperitätsjahre am reichlichsten erzeugten Kinder der proletarischen Bevölkerungskreise, die weder für Verdienst noch für Wanderung in Frage kamen und trotzdem gefüttert sein wollten, die den armen Familienvater aus Familienmoral zum Verrat an der Klassenmoral trieben, ihn zum Lohndrücker, Kriecher und Streikbrecher werden ließen, aus Angst vor einem Opfer, das allerdings durch das ihm anvertraute Geschick seiner zahlreichen Familie vervielfacht erschien.

Wie wir wissen, sind die untersten Schichten der Bevölkerung jeder Klasse, insbesondere im sogenannten Lumpenproletariat, eine schier unversiegbare Quelle nachhaltigsten Bevölkerungsnachwuchses. Sie sind die Schaffer einer sozialbiologisch in der Hauptsache minderwertigen, mit den unvorteilhaftesten und sozial unfreundlichsten Erbanlagen behafteten „industriellen Reservearmee“, bei denen es stets schwer halten dürfte, der Geburtregelung Eingang zu verschaffen. Aber auch für sehr breite Schichten des Industrie- und Landproletariats, die an sich sehr tüchtige Erbstämme enthalten, mußte, vor allem in früheren Zeiten eine Erhöhung des Reallohnes bei guter Arbeitsmarktlage vermehrungssteigernd wirken. Nun können wir aber über irgendwelche Fragen der Geschichte des modernen Proletariats kaum mit Erfolg diskutieren, wenn wir uns nicht die wechselnde und stets sich verbessernde sozialbiologische Zusammensetzung dieser durch eine übermächtige ökonomische Entwicklung in einen sozial-ökonomischen Furcht zusammengepreßten Menschenherde vergegenwärtigen. Ursprünglich überwiegend von den Äinen des heutigen Proletariats ausgehend, die Bevölkerungsschicht des 19. Jahrhunderts aus Elementen mit mächtiger, durch keinerlei Verantwortungsgefühl oder soziale Strebigkeit, noch dazu bei ihrem jämmerlichen Milieu und ihrer Unbildung, gehemmten Vermehrungsquote. Daher die bevölkerungspolitische Kehrseite früh- und hochkapitalistischer Konjunkturen.

Wirtschaftlicher Aufstieg bedeutet noch nicht Kultur; seine nächste Wirkung ist rücksichtslose Tendenz zur Befriedigung der rohesten Triebe. Aber in dem Maße, wie sich der Wohlstand befestigt, fängt er an, komplizierte Ideale entstehen zu lassen. Höhere Stile der Lebensführung und eine größere Voraussicht in Selbstbeherrschung setzen ein. Wir müssen diese Erklärung noch etwas anders fassen. In dem Maße, wie die sozialbiologische Minderwertigkeit des Proletariats durch das fortwährende Absinken sozialbiologisch wertvoller Stämme in proletarisches Niveau behoben wurde, wie das Proletariat oder besser: die auf proletarischem Lebensfuß herabgezogenen Bevölkerungsschichten immer wertvollere Teile der Gesellschaftspyramide umfaßten — schließlich nahezu die gesamte fertig organisierte Kulturdienerarmee —, in dem Maße kamen auch, vor allem seit der Neige des 19. Jahrhunderts, dem Altern des Kapitalismus und zunehmender relativer Überbevölkerung, weniger durch Sinken des Reallohnes als durch Erhöhung der Lebensansprüche, andere proliferatorische Tendenzen in das Proletariat, welcher Name damit seinen eigentlichen Sinn verliert. In dem Maße wuchs der Ehrgeiz, wuchs das Streben nach allgewohnteren höheren Stilen der Lebensführung. Diese konnten erst jetzt, nach der sozialbiologischen Aufwertung des Proletariats, erfolgreich erstrebt werden: einmal durch die Organisation, Genossenschaften usw., für die erst jetzt Organisierbarkeit und Disziplin, Verständnis mit sittlichem Rückgrat in genügendem Maße vorhanden waren, sodann aber auch, nicht zuletzt, durch Darbringung des proliferatorischen Kulturoffers, des modernen Lebens durch Beschränkung seiner Kinderzahl. Es wurde in das Proletariat damit auch die Kenntnis der geburtregelnden Methoden getragen. Es ist bemerkenswert, daß nicht die Armen auf allerunterster Stufe befindlichen Schichten sie am geringsten aufgriffen, sondern die sozial ehrgeizigsten und strebsamsten Schichten der Arbeiterschaft waren es, die sie sich mit Eifer zunutze machten; die klassische Beweis stets nachzuweisen, daß die zuletzt proletarisierten Schichten im allgemeinen die geringste Geburtenfrequenz haben und die bewußten Neomalthusianer sind, während dieses Bestreben nach unten zu an Deutlichkeit verliert, in den sozialminderwertigen Schichten des Schwachsinnigen und Verberchertums ganz aufhört. So stellt sich uns der Geburtenrückgang im Proletariat dar als ein Akt sozialbiologischer Notwehr in Wechselwirkung: Folge und Ursache der Aufstiegsbewegung der wertvollsten Schichten des proletarischen Lebenskreises.

Es gelingt dieser Nachweis auch von Volk zu Volk, wenngleich ihm hierbei schon keine Beweiskraft zukommt, sondern vielmehr ein verbindlicher Wert. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die Länder, deren Arbeiterbewegung am erfolgreichsten im Kampf gegen die kapitalistische Überbevölkerungstendenz sind, einerseits vorwiegend von der hochstrebenden nordischen Rasse besiedelt, andererseits am stärksten am Geburtenrückgang beteiligt sind.

Wir suchen einen flotten

ZEICHNER

für Figur und Schrift, in Dauerstellung. Herren, die auch in Positivreusche Erfahrung haben, erhalten den Vorzug. Arbeitsproben und Lohnforderung an

Margraf & Fischer, Mainz, Weibergarten 12.

Zinkdruckplatten in la Lithographie-Qualität

la Auswaschtinktur

Zinkätzsals D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50

Fernspr. Mor. 12 289